

# Sächsische Vorfzeitung und Elbgaupresse

Verlagsnummer Amt Dresden Nr. 81807

Amtsblatt

Telegr.-Adressen: Elbgaupresse Dresden

für die Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt, das Amtsgericht Dresden  
für die Superintendentur Dresden II, das Forstrentamt Dresden

und für die Gemeinden: Blasewitz, Weißer Hirsch, Laubegast, Dobritz, Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig, Schönfeld  
Publikations-Organ und Lokalanzeiger für Loschwitz, Rochwitz, Bühlau, die Löbnitzgemeinden, Dresden-Striesen, Neugruna und Tolkewitz

Erscheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.  
Bezugspreis: durch die Post vierteljährlich 12.— einschließlich Bestellgeld;  
durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 12.—, monatlich 4.—;  
bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 11.—, monatlich 3.75

Blasewitz  
Mittwoch, 4. August 1920.

Anzeigen-Preis: die eingepostete Grundzeile oder deren Raum  
1.— Mark, im Textteile die Zeile 250 Mark, für Tabellen- und  
schwierigeren Satz 50% Aufschlag.  
Anzeigen-Nachnahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr

## Deutschland, der Zusammenbruch Polens und die Entente.

Über die Forderungen, die für Genf fertiggestellt sind und dort Deutschland zur Unterfertigung vorgelegt werden, liest in der Pariser Presse allerlei in die Öffentlichkeit. Man munkelt, es würden 270 Milliarden sein, die in steigenden Raten bis 1923 (!) zu bezahlen seien. Die Männer, die das ausgerechnet haben, mögen ausgezeichnete Finanziers sein. Ein wirklicher Staatsmann würde eine solche Forderung unter Anerkennung der aufgewandten Mühe zu den Akten legen; ein solcher Staatsmann weiß nämlich, daß er mit Menschen zu rechnen hat, während es für den Geldmann auf der ganzen Welt nur Forderungen einerseits und Verpflichtungen andererseits gibt. Das ist eben die Weltanschauung des Kapitalismus, dem unsere Kommunisten und Sozialisten zum Siege verholten haben. Sie müssen die Tatsache anerkennen, und aber in ihrer wahrhaftigen Verbindung schon auftrieden, wenn nur der deutsche Kapitalismus keinen Anteil an dem Siege hat, sondern so weit ausgerottet wird, wie es nur angeht. Ein wirklicher Staatsmann wird sich jedoch nie auf rein kapitalistische Gedankengänge festlegen lassen. Aber wo ist in der Entente ein solcher Staatsmann zu finden? Auch ihre besten sind Parlamentarier, immer der Gefahr des Vertrauensverlustes ausgelegt, unfähig die Dinge im großen Zusammenhang anzusehen und wie besonders der immerhin bedeutendste Lord George, auch schon stumpf und abgearbeitet. Und während die Geldmänner bis 1923 rechnen, kündigen sich jetzt schon 1920 Ereignisse an, die alle Berechnungen über den Fall zu werfen drohen. Der russische Riese ist wieder erwacht und stürzt sich auf den ihm zum Hohne von der Entente befreiten Polen. Die Freiheit verbannt der Pole der Entente, seinen Großmächten hat er der Jahrhunderte der Unrechtlichkeit hindurch aufbewahren verstanden. Anstatt nun erst ein Staatsmännchen als Kern eines anstrebenden größeren vorläufig auszubauen, konnte er seine Grenzen gar nicht weit genug strecken; die Entente auf Kosten Deutschlands zu belügen, gelang ihm, aber der bewaffnete Angriff auf Russland führte zum vollen Zusammenbruch, der so plötzlich kam, daß die polnischen Machthaber mit dem Nationalhelden Pilsudski an der Spitze ihn gar nicht fassen konnten. So bricht ein wesentlicher Bestandteil des Versailles Friedenswortes rudlos zusammen. Und damit verändert sich auch das Verhältnis der Entente zu Deutschland. Es sind da Ausführungen von großem Interesse, die der englische Staatsmann Winston Churchill in der Londoner „Evening News“ veröffentlicht. Nach der „Tag. Rundsch.“ (304 vom 31. Juli) schreibt er:

„Bestlich von Polen liegt das schreckliche Deutschland, halb betäubt, halb gefesselt, aber noch immer im Besitz der furchtbaren Fähigkeiten, die es ihm irdischen, betnahe allein so ziemlich die ganze Welt zu bekämpfen. Im Osten liegt ebenfalls in schrecklicher Verwirrung die ungeheure Masse des mündigen, verzögerten und verpesteten Russlands. Zwischen beiden von Krämpfen geschüttelten Ländern steht Polen, jenseits und klein im Verhältnis, unerfahren und ohne Organisation, knapp an Geld, Lebensmitteln und Waffen. Churchill führt weiter aus, daß ein bolschewistischer Friede für Polen vielleicht nur die Fortsetzung des Krieges in anderer Form bedeuten würde. Er sagt, kein Soldat braucht abgefeuert, kein Bajonett aufgeschraubt, kein Bataillon vorgeschickt zu werden, und doch kann die Invasion schnell und reißlos ihren Fortgang nehmen. Der Ruin und die Verödung Polens durch Gewalt von außen her oder durch innere Umwälzung und die Einverleibung des Landes in das bolschewistische System würden die wichtige Barriere zerstören und Russland und Deutschland in direkte Berührung bringen. Churchill sagt zum Schluß, das deutsche Volk habe zwischen zwei Wegen zu wählen. Es könne das Unglück Europas erneuern und verdoppeln oder der Zivilisation einen großen Dienst erweisen. Es könne sein eigenes soziales System in den allgemeinen bolschewistischen Wirrwarr versenken und das Chaos weit und breit über den Kontinent heraufbeschwören, oder es könnte einen durch Liebe zum Frieden und zu geschlichen Zuständen gestärkten Damm gegen die Flut der roten Barbaren errichten, die sich vom Osten her heranzwölge.

Dies tritt und ein Wort entgegen, das man in allen Entente-noten nicht finden dürfte, das Wort Liebe. Allerdings nur in der Verbindung, daß Deutschland aus Liebe zum Frieden und zu geschlichen Zuständen die Verteilung gegen Russland auf sich nimmt. Aber wir wagen an das Sprichwort zu erinnern, „eine Liebe ist der andern wert.“ Will man dem deutschen Volke nicht nur gestatten, sondern fast befehlen, die Grenzmauer gegen Osten zu halten und so seine alte historische Aufgabe wieder aufzunehmen, so darf man es nicht zu einem Volke entwaffneter Arbeiterklassen machen, wie die Welt in Ägypten, wie das das Ziel des Versailler Friedens ist. Das mögen die Finanzmänner von Genf mit ihrem unendlich überlegenen Köpfeln nicht übersehen! Können sie es verantworten, Deutschland zur Verzweiflung zu treiben, so daß es ihm nicht mehr darauf ankommt, das Unglück Europas zu erneuern und zu verdoppeln? Denn noch ist der Deutsche kein kapitalistischer Felleiche, er soll nach dem Wunsch der Herren in Paris und London erst einer werden!

## Deutscher Reichstag.

16. Sitzung vom 2. August 1920.

Das vorläufige Abkommen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Lettland wird endgültig angenommen, ebenso der Vertrag zwischen der deutschen und niederländischen Regierung über Kredite und Steinkohlen, sowie die Novelle zum Postgebührengesetz vom

30. April 1920, wonach die Erhöhung der Zeitungsgebühr erst vom 1. Januar 1921 ab erfolgt.

Es folgt die erste Beratung des Antrages Müller (Franken, Soz.) auf Vorlegung eines allgemeinen Amnestiegesetzes und eines Gesetzesentwurfes der bürgerlichen Parteien auf Gewährung von Straffreiheit für Straftaten zur Abwehrung hochverräterischer Unternehmungen gegen das Reich. Von der Straffreiheit ausgeschlossen werden nach diesem Antrag Verbrechen gegen das Leben, schwere Körperverletzung zwecks Raub und Brandstiftung.

Abg. Dr. Radduch (Soz.): Wenn man im Sinne des bürgerlichen Antrages auch die Rappisten freiläßt, dann muß man auch die Revolutionäre des Jahres 1919 straffrei lassen.

Abg. Dr. Herzfeld (N. Soz.) begründet den Gesetzesentwurf seiner Partei, der für alle aus politischen Beweggründen verübten Straftaten Amnestie gewähren will. Straftaten, die zur Unterdrückung des Rapp-Putschs dienten, sollen von der Amnestie ausgeschlossen werden.

Abg. Burjaga (Zentr.): Der Straffreiheit müsse eine bestimmte Grenze gezogen werden. Wir könnten es nicht verantworten, wenn die Amnestie gemeinen Verbrechen zuteil würde.

Abg. Dr. Düringer (Dnat.): Wegen des Erlaß allgemeiner Amnestien sprechen immer schwere Bedenken. Dabei beschränken sich denn die vorliegenden Anträge auf Straftaten politischer Art. Der Antrag der Unabhängigen geht uns zu weit. Eine Majorisierung Bayerns, dessen Selbstvertretung sich gegen die Amnestierung der hochverräterischen Unternehmungen gegen die bayerische Landesversammlung ausgesprochen hat, kann nicht in Frage kommen. Zu dem Antrag der anderen bürgerlichen Parteien beantragen wir eine Wendung dahin, daß die Amnestie auch auf die Führer und Urheber der in Frage kommenden hochverräterischen Handlungen ausgedehnt wird.

Justizminister Heinze: Wenn wir die unhaltbaren Zustände im Ruhrgebiet beseitigen wollen, dann muß die ungeheure Erregung, die infolge der Strafprozesse sich dort geltend macht, beseitigt werden. Das Reich Bayerns auf seine Justizhoheit erkennen wir an. Dabei trifft der Antrag der Regierungsparteien, der die Straffreiheit auf Handlungen gegen das Reich beschränkt, das Richtige. Auf Rädelsführer und gemeine Verbrecher darf sich die Amnestie nicht erstrecken. Der Koalitionsantrag geht weiter als das Vorkessler-Abkommen, denn er ist nicht zeitlich beschränkt. Er bezieht sich nicht ausschließlich auf den Rapp-Putsch, er betrifft nicht bloß die Abwehr von Hochverrat, sondern abgesehen von den Rädelsführern auch den Hochverrat selbst.

Abg. Dr. Raab (Deutsche Volksp.): Wir gewähren die Amnestie, weil wir einen Strich unter die Vergangenheit machen wollen. Wir erkennen die Staatsnotwendigkeit an, denn auf der Volksarbeit infolge der Strafprozesse lastenden Druck zu vermindern. Das Recht des Reiches, Amnestiegesetze auch mit Wirkung auf einzelne Länder zu erlassen, ist unbestreitbar. Die Frage, ob das Reich in diesem Falle davon Gebrauch machen soll, ist aber aus politischen Gründen durchaus zu verneinen.

Abg. Schiffer (Dem.): Die Tatsache, daß die Urheber des Rapp-Putschs sich durch die Flucht der Verantwortung entzogen haben, macht sie unwürdig der Amnestie (Sehr richtig! bei den Demokraten). Mein Eintreten für eine allgemeine Amnestie habe ich persönlich allerdings in Aussicht gestellt, aber als die unersättliche bedingungslose Kapitalisation verzögert wurde, sofort wieder zurückgezogen.

Abg. Emminger (Bayer. Volksp.): Amnestien dürfen nicht zur Untergrabung der Autorität der Gerichte führen. Wir haben daher in Bayern das System der bedingten Vergeblichkeit vorgezogen, dessen Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legen.

Präsident Loh: Die Erörterung spinnst sich sehr breit aus. Es wäre bedauerlich, wenn wir infolgedessen so laue Zusammenfassungen nähmen, daß schließlich an einer einzelnen Beschlussfähigkeit des Hauses unsere schönsten Vorträge ausrunde gehen.

Abg. Stresemann (Deutsche Volksp.): Ich stimme persönlich für den Antrag der Deutschnationalen, weil ich an den Verhandlungen während der Rappage teilgenommen habe und damit die Ursache des Eintretens für ein allgemeines Amnestiegesetz gewesen wurde.

Abg. Ludwigs (Unabh.): Die Abwehration gegen die Kapitulanten war doch kein Tankränschen. Will man die Leute eingesperrt halten, die dabei über die Stränge geschlagen haben?

Justizminister Dr. Heinze: Die Führer und Urheber von Abwehrunternehmungen gegen den Hochverrat sind nicht von der Amnestie auszuschließen.

Abg. Derat (Deutschnat. Sp.): Wir waren bei den Verhandlungen darüber einig, daß ein allgemeines Amnestiegesetz noch von der Nationalversammlung vorgelegt werden sollte. Herr Unterstaatssekretär Noe hat ein entsprechendes Protokoll gegenzeichnet, daß Herr Schiffer als Minister für die allgemeine Amnestie eintreten werde. Am nächsten Tage freilich hat Herr Schiffer seine Zusage zurückgezogen. (Sehr richtig!)

Fröhen Setkin (Komm.): Die verkappten Rappisten sind jetzt an der Macht. Sie wollen nur deshalb keine allgemeine Amnestie gewähren, damit nicht die im Kerker schmachenden begehrtesten Arbeitervertreter in Freiheit kommen.

Abg. Müller (Franken, Soz.): Die Regierung Bauer stand auf dem Standpunkt, daß Verhandlungen über eine

allgemeine Amnestie gar nicht in Frage kommen könnten.

Abg. Schiffer (Dem.) betonte nochmals, daß der Abbruch der Verhandlungen erfolgt sei, als Lüthardt sich weigerte, vom Kommando zurückzutreten.

Abg. Schulz (Bromberg, Dnat. Sp.) und Dr. von Delbrück befähigen, unter dem Eindruck gestanden zu haben, daß Herr Schiffer sein Eintreten für die allgemeine Amnestie zugesagt habe.

Damit schließt die erste Beratung. In der zweiten Lesung wird der Gesetzesentwurf der Unabhängigen gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien, der Antrag der Deutschnationalen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Der Antrag der Koalitionsparteien wird angenommen, ebenso in dritter Lesung und gegen die Stimmen der Deutschnationalen in der Gesamtabstimmung.

Endgültig angenommen werden die Verfassungänderungen über die Abgabe der preussischen Stimmen im Reichsrat und über das besondere Gemeindevorrecht für Belgien.

Darauf wird die zweite Beratung des ergänzenden Haushalts fortgesetzt. Der Haushalt des Ministeriums des Innern wird ohne Erörterung bewilligt. Beim Haushalt des Wehrministeriums fordert Abgeordneter Schöpfkin (Soz.) eine Verminderung der Zahl der Generale und Obersten. Reichswehrminister Dr. Eckler: Bewußt darf kein Pfennig mehr ausgegeben werden, als unbedingt nötig ist. Die junge Reichswehr ist aber in voller Umbildung und gerade während der Uebergangszeit bedürfen wir noch einer größeren Zahl erfahrener Offiziere.

Nach weiterer Aussprache wird der Wehrhaushalt bewilligt; ebenso der Haushalt des Schatzministeriums, des Landwirtschaftsministeriums und des Finanzministeriums.

Zu letztgenanntem Etat verlas Finanzminister Birth ein Telegramm der Bayerischen Berufsvereine, daß diese jeden Demonstrationstreik für ihre wirtschaftlichen Ziele ablehnen. Dr. Birth teilte noch mit, daß wir jetzt 30 Milliarden Schulden im Reiche haben, wozu noch 30 Milliarden für die Eisenbahnübernahme kommen.

Beim Haushalt des auswärtigen Amtes befürwortete Abg. Freiherr v. Lersner (D. Sp.) die Herausgabe einer übersichtlichen kurzen Volksausgabe der Hauptbestimmungen des Versailler Vertrages. Auf diese Weise könnten wir das beste Werbemittel für die Revision des Vertrages bekommen.

Minister des Inneren Dr. Simonis erklärte, der Antrag gern entsprechen zu wollen.

Abg. Dreißheidt (Unabh.): Ist es richtig, daß erneut Verleumdungen gemacht worden sind, Munitionstransporte durch Deutschland nach Polen zu senden? Deutschland darf nicht daran, die Barriere des Kapitalismus gegen den Bolschewismus oder der Gendarm Europas gegen ihn zu sein.

Außenminister Dr. Simonis: Das Auswärtige Amt wird jeden Versuch, die ehrliebe Neutralität Deutschlands zu verletzen, energisch zurückweisen. Den Transportarbeitern bin ich dankbar für ihre Mitwirkung. Unbenutzene Schritte könnten aber einen Krisenfall nach sich ziehen. Auch ich würde es für sehr bedauerlich halten, wenn der Verband es versuchen würde, die Litfrage ohne die Mitwirkung von Deutschland zu lösen. Mit Sowjetrußland würde ich dann Verträge schließen, wenn ich die Ueberzeugung habe, daß es sich auch gegen den Verband durchsetzt. Vor allen Dingen werden wir uns nicht um des Völkerbundes willen als Landbesitzer für kriegerische Absichten des Verbandes benutzen lassen.

Auch dieser Haushalt wird akzeptiert, ebenso das Rahmengesetz (Etatgesetz), wonach u. a. freiverwerbende Beamtenstellen vorzugsweise mit entsprechend gewordenen Beamten anderer Verwaltungen zu besetzen sind.

Schluß 9 1/2 Uhr. — Dienstag, 10 Uhr: Zweite Lesung der Entwaffnungsvorlage, dritte Lesung des Reichs...

## Politische Nachrichten.

### Terrorismus einer Minderheit.

Pittau, 1. August. Heute vormittag 11 Uhr fand auf dem Marktplatz eine von etwa 400-500 Personen besuchte Versammlung statt, in der Unabhängige und Kommunisten sprachen. Es wurde verkündet, daß über den Abzug der Sicherheitspolizei keine Verhandlungen stattfinden dürfen, sondern daß diese Forderung erfüllt werden müsse. Ferner, daß die nächsten Tage sehr ernst seien und der Kampf ausgefochten werden solle. Der Oberbürgermeister Dr. Kühn hatte sich im Auto nach Dresden begeben, um im Ministerium des Innern zu verhandeln. Während dieser Zeit hatte sich der Oberbürgermeister verpflichtet, am heutigen Sonntage die Sicherheitspolizei und die städtische Polizei zurückzugeben. Infolgedessen hat der sogenannte Wächterauschuss, der sich aus Unabhängigen, Kommunisten und Sozialisten zusammensetzt, die Polizeigewalt an sich gerissen. Männer mit roten Binden verhindern heute in allen Sälen Musik und Tanz, schließen gewalttätig die Kinos und besetzen gegen Abend das Elektrizitätswerk, so daß Pittau im Dunkeln liegt, ausgenommen der Hauptbahnhof und das städtische Krankenhaus. Dagegen sind auch alle Privatkliniken ohne Licht. In der Bürgerhoff herrscht Empörung über diese Vorgehen einer Handvoll Radikalen. Man erwartet bestimmt, daß der Oberbürgermeister bei den Verhandlungen sich auf kein Kompromiß einläßt, sondern energisch durch-